

Vorarlberger Landtag

19. Sitzung

am 26. März 1907

unter dem Vorsitze des Herrn Landeshauptmanns Adolf Rhomberg.

Gegenwärtig 29 Abgeordnete. - Abwesend die Herren: Hochwst. Bischof Dr. Zobl

und die Abgeordneten Dr. Schneider und Amann.

Regierungsvertreter:

Herr k. k. Hofrat Levin Graf Schaffgotsch.

Beginn der Sitzung um 11 Uhr 12 Minuten mittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und ersuche um Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

(Landrat v. Ratz verliest dasselbe.)

Hat einer der Herren gegen die Fassung des Protokolls eine Einwendung zu machend -

Nachdem dieses nicht der Fall ist, betrachte ich dasselbe als genehmigt.

Der Herr Abg. Amann hat sich für den heutigen Tag, möglicher Weise auch für morgen, entschuldigt, weil er unwohl ist.

Wir kommen zur Tagesordnung. Der erste Punkt derselben ist der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Memorandum des Direktors der Landesirrenanstalt Valduna in Sachen der Ausgestaltung und Erweiterung dieser Anstalt.

Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses in dieser Angelegenheit ist der Herr Abg. Martin Thurnher.

Ich erteile ihm das Wort zur Verlesung des Berichtes, welcher nach der Verhandlung in Druck gegeben und dem stenographischen Protokoll beigefügt werden wird.

Thurnher: Hohes Haus! Ich komme als Berichterstatter zu diesem Verhandlungsgegenstande hinein wie Pontius ins Kredo. Der Herr Referent in Valdunaangelegenheiten, der Herr Abg. Jodok Fink, war in letzter Zeit mit den Wahlreformarbeiten Tag und Nacht vollauf beschäftigt und da mußte ich mich halt fügen und habe das Referat über die Valdunaangelegenheit übernommen. Es wird dabei auch ein Vorteil heraussehen; das Referat wird nämlich weniger groß sein, als wenn es von

10. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

einem, der mit den Verhältnissen besser vertraut wäre als ich, erstattet würde.

(Liest Bericht und Antrag aus Beilage 79.)

Ich empfehle dem hohen Hause die Annahme des vom volkswirtschaftlichen Ausschuß gestellten Antrages.

Landeshauptmann: Ich eröffne über diesen Bericht und Antrag sowie über das Memorandum selbst die Debatte.

Dr. Drexel: Hohes Haus! Den Vorarlberger Landtag beschäftigte meines Wissens bis heute noch keine Frage, welche bei einer so großen Summe die Verantwortung und die Last dem Lande allein überläßt. Es ist daher allseitige Vorsicht und gute Überlegung die erste Voraussetzung für eine endgültige Abstimmung.

Die Angelegenheit unserer Landesirrenanstalt treffen wir in den letzten Jahren regelmäßig im Landtage. Stets war es das Bestreben, der Überfüllung abzuhelpfen. Im Jahre 1902 sprach der Herr Referent - es war auch damals der geehrte Herr Berichterstatte von heute - der Vereinigung beider Anstalten das Wort und war aus finanziellen Gründen gegen Neubauten. Da eine vollständige Vereinigung nicht möglich war, wurde Wald angekauft und im Jahre 1904 der Landesausschuß beauftragt, wegen Ausgestaltung der Landesirrenanstalt Studien und Erhebungen zu pflegen. Heute liegt eine solche Studie in Form eines Memorandums des Direktors der Anstalt vor. Die Größe des Planes überrascht wohl die meisten Herren Abgeordneten. Vieles wird man sofort unterschreiben; über manches sind die Fachleute noch nicht einig. Den einen und den anderen Satz kann ich nicht unwidersprochen lassen. Die Arbeit selbst lobe ich und bin mit dem Grundtone, daß etwas geschehen muß, einverstanden. Ich finde es auch begreiflich, daß der Direktor und ärztliche Fachmann nach dem Muster der besten Anstalten alles möglichst gut und schön und im größeren Stile eingerichtet haben will. Er soll das anstreben; das notwendige Gegenstück dazu aber ist der Bauherr, in diesem Falle das Land, welcher zwischen wünschenswerten, notwendigen und vorhandenen Mitteln das richtige Verhältnis herstellen muß.

Es ist in dem Falle eine doppelte Stellung möglich. Man kann sich auf notwendiges beschränken,

dieses zweckgemäß aber einfach schön ausgestalten; man kann aber auch das schönste wählen, was es gibt, und das modernste.

Reiche Länder haben gewiß die Verpflichtung, nach dieser Seite hin mehr zu tun und auch der künstlerischen Ausgestaltung mehr zu widmen, als es gerade Bedürfnis ist. Das kleine Land und die abgelegene Lage unserer Anstalt rechtfertigt aber den Standpunkt, zwar die zweckmäßigen Erweiterungen vorzunehmen, aber dabei die größte Sparsamkeit mitspielen zu lassen und auf alles zu verzichten, was durch diese Gesichtspunkte nicht verlangt wird. Damit soll nicht gesagt sein, daß ich eine Kleinhäuslerkolonie möchte. Aber es ist ein großer Unterschied zwischen dieser und manchen modernen Anstalten, bei welchen die Erbauer zeigen wollten, daß ihnen nur das allerbeste gut genug war. Welche Gesichtspunkte festgehalten wurden bei der Ausarbeitung des Programmes, kann ich nicht beurteilen. Einzelne Posten erscheinen mir allerdings hoch genug angesetzt zu sein. Auch die Voranschläge kann ich mangels genauerer Einzelheiten nicht genügend beurteilen. Ich bin daher mit dem Antrage des Memorandums selbst einverstanden, zuerst das allgemeine und das spätere Spezialprogramm und die Baupläne begutachten zu lassen. Meine Zustimmung zum Beginne der Bauten selbst aber kann ich erst dann geben, wenn ich einen weiteren Einblick in das Projekt habe. Sparsamkeit und eine vergleichende Zusammenstellung mit anderen ungelösten Aufgaben, die auch kranke Menschen bergen sollen - ich nenne z. B. ein Landesspital, eine Lungenheilanstalt u. s. w., welche neben der Irrenpflege volle Aufmerksamkeit verdienen - müssen bei der ganzen Arbeit Ratgeber sein. Da das hohe Haus den Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses voraussichtlich annehmen wird, so empfehle ich wenigstens meinen Standpunkt dem Landesausschusse einer geneigten Berücksichtigung.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch weiter das Wort? -

Wenn niemand sich meldet, ist die Debatte geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Thurnher: Ich möchte nur einige Worte beifügen. Vom geehrten Herrn Vorredner wurde darauf hingewiesen, daß beider Berichterstattung pro

19. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

181

1902 eigentlich auf eine Vereinigung der Anstalten hingewirkt worden sei. Nun das ist richtig, daß

die Lösung der Frage in dieser Richtung damals in erster Linie betont wurde. Diese damalige Anschauung beruhte aber auf einem Irrtum. Wir haben damals geglaubt, es seien in der Wohltätigkeitsanstalt noch Plätze zur Aufnahme von Geisteskranken frei und gemeint, daß, wenn diese Anstalten vereinigt oder wenigstens eine sichere dauernde Vereinbarung zwischen beiden erzielt worden wäre, die Landesirrenanstalt Kranke, welche unheilbar und nicht gemeingefährlich oder nicht selbstgefährlich gewesen sind, an die Wohltätigkeitsanstalt verweisen könnte. Dadurch wäre der Landesirrenanstalt die Aufnahme von weiteren Irren in dieselbe möglich gewesen, ohne gleich zu Erweiterungsbauten schreiten zu müssen.

Später ist man aber zur Kenntnis gelangt, daß die Wohltätigkeitsanstalt eigentlich noch mehr überfüllt ist als die Landesirrenanstalt selbst. So ist die frühere Voraussetzung entfallen und wir haben auf den Gedanken eingehen müssen, für Erweiterung der Anstalt Vorsorge zu treffen. Bei den jetzigen Zuständen bleiben ist unmöglich und der Würde und Pflicht des Landes gegenüber den Ärmsten seiner Angehörigen widersprechend. Nachdem keine Gelegenheit vorhanden war, Pfleglinge der Landesirrenanstalt in die Wohltätigkeitsanstalt abgeben zu können, sah man sich vor die Notwendigkeit gesetzt, die angedeuteten Maßnahmen in Aussicht zu nehmen. Dieses diene zur Aufklärung dafür, daß damals im Jahre 1902 unter Umständen von wettern Neubauten abgesehen werden wollte. Was den ausgesprochenen Wunsch anbelangt, daß bei Ausführung der Bauten mit der größten Sparsamkeit vorgegangen werde, wird sich der Landesausschuß denselben schon zu Herzen nehmen und ihn tunlichst befolgen, denn wir sind das vom Landesausschuß schon seit jeher gewohnt, daß er immer auf möglichste Sparsamkeit gesehen hat, nur das Dringendste durchführt und auch immer die notwendige Vorsicht gebraucht hat.

Es ist ja im Antrage selbst vorgesehen, daß die Voranschläge und Pläne von Fachkundigen geprüft werden sollen. Es braucht deshalb der sehr geehrte Herr Vorredner diesbezüglich keine Bedenken zu haben. Und da auch kein Antrag auf Vertagung der Inangriffnahme der Einleitungen zu den Erweiterungsarbeiten gestellt worden ist, habe ich weiter

nichts beizufügen. Die Herren dürfen versichert sein, daß nur in einem entsprechenden Tempo vorgegangen werden wird. Die Herren Abgeordneten werden ja Gelegenheit haben, ihre Wünsche dem Landesausschuß bei den diesbezüglichen Beratungen im Landtage, sei es, wenn Voranschläge oder Rechnungen über die Anstalt in Verhandlung stehen, sei es, wenn später weitere Bauten hergestellt werden sollen, wie sie für die II. Bauserie vorgesehen sind, zur Kenntnis zu bringen, ihre Anschauungen geltend

zu machen und eventuelle neuerliche Beschlüsse des Landtages zu veranlassen. In diesem Sinne empfehle ich noch einmal die Annahme des Antrages des volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Landeshauptmann: Wir schreiten zur Abstimmung.
Ich will den Antrag, nachdem er noch nicht in Druck vorliegt, nochmals verlesen.

(Verliest den Antrag.)

Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses einverstanden sind, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanzausschusses über die Jahresrechnung der Landesirrenanstalt Valduua pro 1905 und den Voranschlag derselben pro 1907. Es ist auch über diesen Gegenstand ein schriftlicher Bericht erstattet worden, den der Herr Berichterstatter Abg. Dlz gefälligst verlesen wird. Er wird ebenfalls nachträglich in Druck gelegt und dem stenographischen Protokoll als Beilage einverleibt werden.

Der Herr Abg. Ölz hat das Wort.

Ölz: Der Bericht enthält etwas mehr, als auf der Tagesordnung angedeutet ist; es sind nämlich die Rechnungen von 1905 und 1906 sowie die Voranschläge für 1906 und 1907 dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zugewiesen. Also über alle diese vier Gegenstände wird sich der Bericht verbreiten.

(Verliest den Bericht und Anträge aus Beilage 80.)

Landeshauptmann: Ich eröffne über den Bericht und Anträge des Finanzausschusses die Debatte.

182

11). Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

Wenn sich niemand zum Worte meldet, schreite ich zur Abstimmung; ich kann wohl beide Anträge unter einem zur Abstimmung bringen. Ich ersuche jene Herren, welche den Anträgen des Finanzausschusses zustimmen wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Wir kommen nun zum dritten Gegenstand der

Tagesordnung: Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch der Gemeinde Fußach wegen einer Subvention zu den Kosten der Trinkwasserversorgung.

Hiezu liegt ein gedruckter Bericht vor, den zu verlesen ich den Herrn Berichterstatter Dr. Drexel ersuche, nachdem er erst seit kurzem in den Händen der Herren Abgeordneten sich befindet.

Dr. Drexel: Die Gemeinde Fußach war um ihr Trinkwasser gekommen und befand sich dementsprechend in großer Not. Auf die schwierigste Art mußte jeden Tag das Trinkwasser beschafft werden in einer Weise, daß man anfang zu sparen, was der Reinlichkeit durchaus nicht förderlich war. Mit dem Trinkwasser war aber auch das Wasser für Feuerlöschzwecke verloren gegangen und diese Not war bereits größer als die erste und die Leute sprachen mit schweren Sorgen davon, was im Falle eines Brandes geschehen sollte. Diesem Elend ist nun abgeholfen worden, und auf welche Weise das geschehen ist, sagt der Bericht, den ich hiemit verlese. (Verliest Bericht und Antrag aus Beilage 73.)

Ich empfehle dem hohen Hause die Zustimmung zu diesem Antrage, gleichzeitig appelliere ich aber auch an die Regierung, sie möge in diesem Falle mitwirken helfen. Die gegenwärtigen Verhältnisse in der Gemeinde Fußach kann man am besten vergleichen mit irgend einem Elementarereignisse, wodurch eine Gemeinde schwer geschädigt wird und, da in diesen Fällen das Land regelmäßig neben dem Staat etwas beiträgt, so dürfen wir in diesem außerordentlichen Falle damit rechnen, daß auch die hohe Regierung der Gemeinde Fußach einen Beitrag bewilligen wird.

Landeshauptmann: Ich eröffne über den Bericht und Antrag die Debatte. -

Wenn niemand das Wort ergreift, kann ich zur Abstimmung schreiten. Ich ersuche jene Herren,

welche dem Antrage, wie er verlesen worden ist, ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Der letzte Gegenstand unserer heutigen Tagesordnung ist der Bericht des landwirtschaftlichen Ausschusses in Sachen der Subventionierung des Verbandes der Raiffeisenkassen.

Berichterstatter ist der Herr Abg. Matte, ich erteile ihm das Wort zur Verlesung des Berichtes.

Warte: (Liest Bericht und Antrag aus Beilage 72.)

Landeshauptmann: Ich eröffne über den Bericht und Antrag des landwirtschaftlichen Ausschusses die Debatte.

Köhler: Hohes Haus! Ich habe nichts Wesentliches zu dieser Angelegenheit zu bemerken. Aber nachdem ich als derzeitiger Anwalt dieses Verbandes eine gewisse Verantwortung trage, möchte ich nur das bemerken, daß ich das Vorgehen des Landes Vorarlberg in dieser Weise immerhin für das geeignetste halte.

Die Unterstützung von Genossenschaften sollte naturgemäß von feite des Staates nur so weit notwendig fallen, bis eine solche genossenschaftliche Einrichtung auf eigenen Füßen zu stehen vermag. Vorarlberg hat in dieser Beziehung vielleicht etwas weniger Beihilfe des Staates bisher genossen und insoweit hat der Verband ein gewisses Anrecht, eine größere Unterstützung seitens des Staates anzusprechen. Ich war nicht der Ansicht, daß man sich zu sehr auf diese Unterstützung verlassen sollte und es scheint mir insbesondere die Art und Weise, wie jetzt eine weitere Unterstützung des Landes für den Verband dieser Vereine in Aussicht genommen ist, zweckmäßiger zu sein. An dem Umstände leidet eine solche Genossenschaft immer am meisten. Das Gesetz hat nun vorgesorgt, daß da geholfen wird und die Unterstützung des Landes in der Weise, daß sie die Kosten der Revisionen dem Verbände erleichtert, ist daher entschieden die zweckmäßigste und von der kann ich nur wünschen, daß sie auch länger für den Verband fort dauern möge.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch weiter das Wort? -

19. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

183

Wenn niemand sich meldet, ist die Debatte geschlossen. Hat der Herr Berichterstatter noch etwas zu bemerken? -

(Marie: Nein.)

Ich schreite zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche diesem Antrag, wie er verlesen worden ist, ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt und unsere heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung, welche voraussichtlich die letzte in dieser gegenwärtigen Tagung sein wird, beäume ich auf morgen um 1/2 10 Uhr vormittag an mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Wahlreformausschusses über die Gesetzentwürfe:

a) betreffend die Abänderung der §§ 3, 6 und 12 der Landesordnung;

b) womit eine neue Landtagswahlordnung erlassen wird;

c) womit eine neue Gemeindewahlordnung erlassen wird;

d) betreffend Abänderung mehrerer Paragraphe der Gemeindeordnung.

2. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Anträge des Herrn Abg. Ölz und Genossen und Dr. Peer und Genossen in Sachen der Erwerbung von Wasserkräften zu elektrischen Anlagen.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 11 Uhr 58 Minuten.)

Druck von J. N. Teutsch, Bregenz.

Vorarlberger Landtag.

19. Sitzung

am 26. März 1907

unter dem Vorsitze des Herrn Landeshauptmanns **Aldolf Rhomberg.**

Gegenwärtig 20 Abgeordnete. — Abwesend die Herren: Hochw. Bischof Dr. Zobl und die Abgeordneten Dr. Schneider und Amann.

Regierungsvertreter:

Herr **F. E. Hofrat Levin Graf Schaffgotich.**

Beginn der Sitzung um 11 Uhr 12 Minuten mittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und ersuche um Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

(Landrat v. Raz verliest dasselbe.)

Hat einer der Herren gegen die Fassung des Protokolls eine Einwendung zu machen? —

Nachdem dieses nicht der Fall ist, betrachte ich dasselbe als genehmigt.

Der Herr Abg. Amann hat sich für den heutigen Tag, möglicher Weise auch für morgen, entschuldigt, weil er unwohl ist.

Wir kommen zur Tagesordnung. Der erste Punkt derselben ist der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Memorandum des Direktors der Landesirrenanstalt Balbuna in Sachen der Ausgestaltung und Erweiterung dieser Anstalt.

Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses in dieser Angelegenheit ist der Herr Abg. Martin Thurnher.

Ich erteile ihm das Wort zur Verlesung des Berichtes, welcher nach der Verhandlung in Druck gegeben und dem stenographischen Protokoll beigefügt werden wird.

Thurnher: Hohes Haus! Ich komme als Berichterstatter zu diesem Verhandlungsgegenstande hinein wie Pontius ins Kredo. Der Herr Referent in Balbunaangelegenheiten, der Herr Abg. Josef Fink, war in letzter Zeit mit den Wahlreformarbeiten Tag und Nacht vollauf beschäftigt und da mußte ich mich halt fügen und habe das Referat über die Balbunaangelegenheit übernommen. Es wird dabei auch ein Vorteil heraussehen; das Referat wird nämlich weniger groß sein, als wenn es von

einem, der mit den Verhältnissen besser vertraut wäre als ich, erstattet würde.

(Liest Bericht und Antrag aus Beilage 79.)

Ich empfehle dem hohen Hause die Annahme des vom volkswirtschaftlichen Ausschusse gestellten Antrages.

Landeshauptmann: Ich eröffne über diesen Bericht und Antrag sowie über das Memorandum selbst die Debatte.

Dr. Drexel: Hohes Haus! Den Vorarlberger Landtag beschäftigte meines Wissens bis heute noch keine Frage, welche bei einer so großen Summe die Verantwortung und die Last dem Lande allein überläßt. Es ist daher allseitige Vorsicht und gute Überlegung die erste Voraussetzung für eine endgültige Abstimmung.

Die Angelegenheit unserer Landesirrenanstalt treffen wir in den letzten Jahren regelmäßig im Landtage. Stets war es das Bestreben, der Überfüllung abzuwehren. Im Jahre 1902 sprach der Herr Referent — es war auch damals der geehrte Herr Berichterstatter von heute — der Vereinigung beider Anstalten das Wort und war aus finanziellen Gründen gegen Neubauten. Da eine vollständige Vereinigung nicht möglich war, wurde Wald angekauft und im Jahre 1904 der Landesausschusse beauftragt, wegen Ausgestaltung der Landesirrenanstalt Studien und Erhebungen zu pflegen. Heute liegt eine solche Studie in Form eines Memorandums des Direktors der Anstalt vor. Die Größe des Planes überrascht wohl die meisten Herren Abgeordneten. Vieles wird man sofort unterschreiben; über manches sind die Fachleute noch nicht einig. Den einen und den anderen Satz kann ich nicht unwidersprochen lassen. Die Arbeit selbst lobe ich und bin mit dem Grundtone, daß etwas geschehen muß, einverstanden. Ich finde es auch begreiflich, daß der Direktor und ärztliche Fachmann nach dem Muster der besten Anstalten alles möglichst gut und schön und im größeren Stile eingerichtet haben will. Er soll das anstreben; das notwendige Gegenstück dazu aber ist der Bauherr, in diesem Falle das Land, welcher zwischen wünschenswerten, notwendigen und vorhandenen Mitteln das richtige Verhältnis herstellen muß.

Es ist in dem Falle eine doppelte Stellung möglich. Man kann sich auf notwendiges beschränken,

dieses zweckgemäß aber einfach schön ausgestalten; man kann aber auch das schönste wählen, was es gibt, und das modernste.

Reiche Länder haben gewiß die Verpflichtung, nach dieser Seite hin mehr zu tun und auch der künstlerischen Ausgestaltung mehr zu widmen, als es gerade Bedürfnis ist. Das kleine Land und die abgelegene Lage unserer Anstalt rechtfertigt aber den Standpunkt, zwar die zweckmäßigen Erweiterungen vorzunehmen, aber dabei die größte Sparsamkeit mitspielen zu lassen und auf alles zu verzichten, was durch diese Gesichtspunkte nicht verlangt wird. Damit soll nicht gesagt sein, daß ich eine Kleinhäuslerkolonie möchte. Aber es ist ein großer Unterschied zwischen dieser und manchen modernen Anstalten, bei welchen die Erbauer zeigen wollten, daß ihnen nur das allerbeste gut genug war. Welche Gesichtspunkte festgehalten wurden bei der Ausarbeitung des Programmes, kann ich nicht beurteilen. Einzelne Posten erscheinen mir allerdings hoch genug angelegt zu sein. Auch die Voranschläge kann ich mangels genauerer Einzelheiten nicht genügend beurteilen. Ich bin daher mit dem Antrage des Memorandums selbst einverstanden, zuerst das allgemeine und das spätere Spezialprogramm und die Baupläne begutachten zu lassen. Meine Zustimmung zum Beginne der Bauten selbst aber kann ich erst dann geben, wenn ich einen weiteren Einblick in das Projekt habe. Sparsamkeit und eine vergleichende Zusammenstellung mit anderen ungelösten Aufgaben, die auch fränke Menschen bergen sollen — ich nenne z. B. ein Landespsital, eine Lungenheilanstalt u. s. w., welche neben der Irrenpflege volle Aufmerksamkeit verdienen — müssen bei der ganzen Arbeit Ratgeber sein. Da das hohe Haus den Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses voraussichtlich annehmen wird, so empfehle ich wenigstens meinen Standpunkt dem Landesausschusse einer geneigten Berücksichtigung.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch weiter das Wort? —

Wenn niemand sich meldet, ist die Debatte geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Thurnher: Ich möchte nur einige Worte beifügen. Vom geehrten Herrn Vorredner wurde darauf hingewiesen, daß bei der Berichterstattung pro

1902 eigentlich auf eine Vereinigung der Anstalten hingewirkt worden sei. Nun das ist richtig, daß die Lösung der Frage in dieser Richtung damals in erster Linie betont wurde. Diese damalige Anschauung beruhte aber auf einem Irrtum. Wir haben damals geglaubt, es seien in der Wohltätigkeitsanstalt noch Plätze zur Aufnahme von Geisteskranken frei und gemeint, daß, wenn diese Anstalten vereinigt oder wenigstens eine sichere dauernde Vereinbarung zwischen beiden erzielt worden wäre, die Landesirrenanstalt Kranke, welche unheilbar und nicht gemeingefährlich oder nicht selbstgefährlich gewesen sind, an die Wohltätigkeitsanstalt verweisen könnte. Dadurch wäre der Landesirrenanstalt die Aufnahme von weiteren Irren in dieselbe möglich gewesen, ohne gleich zu Erweiterungsbauten schreiten zu müssen.

Später ist man aber zur Kenntnis gelangt, daß die Wohltätigkeitsanstalt eigentlich noch mehr überfüllt ist als die Landesirrenanstalt selbst. So ist die frühere Voraussetzung entfallen und wir haben auf den Gedanken eingehen müssen, für Erweiterung der Anstalt Vorsorge zu treffen. Bei den jetzigen Zuständen bleiben ist unmöglich und der Würde und Pflicht des Landes gegenüber den Ärmsten seiner Angehörigen widersprechend. Nachdem keine Gelegenheit vorhanden war, Pfleglinge der Landesirrenanstalt in die Wohltätigkeitsanstalt abgeben zu können, sah man sich vor die Notwendigkeit gesetzt, die angebotenen Maßnahmen in Aussicht zu nehmen. Dieses diene zur Aufklärung dafür, daß damals im Jahre 1902 unter Umständen von weitem Neubauten abgesehen werden wollte. Was den ausgesprochenen Wunsch anbelangt, daß bei Ausführung der Bauten mit der größten Sparsamkeit vorgegangen werde, wird sich der Landesausschuß denselben schon zu Herzen nehmen und ihn tunlichst befolgen, denn wir sind das vom Landesausschuß schon seit jeher gewohnt, daß er immer auf möglichste Sparsamkeit gesehen hat, nur das Dringendste durchführt und auch immer die notwendige Vorsicht gebraucht hat.

Es ist ja im Antrage selbst vorgesehen, daß die Voranschläge und Pläne von Fachkundigen geprüft werden sollen. Es braucht deshalb der sehr geehrte Herr Vorredner diesbezüglich keine Bedenken zu haben. Und da auch kein Antrag auf Vertagung der Znangriffnahme der Einleitungen zu den Erweiterungsarbeiten gestellt worden ist, habe ich weiter

nichts beizufügen. Die Herren dürfen versichert sein, daß nur in einem entsprechenden Tempo vorgegangen werden wird. Die Herren Abgeordneten werden ja Gelegenheit haben, ihre Wünsche dem Landesausschuß bei den diesbezüglichen Beratungen im Landtage, sei es, wenn Voranschläge oder Rechnungen über die Anstalt in Verhandlung stehen, sei es, wenn später weitere Bauten hergestellt werden sollen, wie sie für die II. Bauerie vorgesehen sind, zur Kenntnis zu bringen, ihre Anschauungen geltend zu machen und eventuelle neuerliche Beschlüsse des Landtages zu veranlassen. In diesem Sinne empfehle ich noch einmal die Annahme des Antrages des volkswirtschaftlichen Ausschusses.

Landeshauptmann: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich will den Antrag, nachdem er noch nicht in Druck vorliegt, nochmals verlesen.

(Verliest den Antrag.)

Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses einverstanden sind, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben. Angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanzausschusses über die Jahresrechnung der Landesirrenanstalt Balduna pro 1905 und den Voranschlag derselben pro 1907. Es ist auch über diesen Gegenstand ein schriftlicher Bericht erstattet worden, den der Herr Berichterstatter Abg. Sz. gefälligst verlesen wird. Er wird ebenfalls nachträglich in Druck gelegt und dem stenographischen Protokoll als Beilage einverleibt werden.

Der Herr Abg. Sz. hat das Wort.

Sz.: Der Bericht enthält etwas mehr, als auf der Tagesordnung angedeutet ist; es sind nämlich die Rechnungen von 1905 und 1906 sowie die Voranschläge für 1906 und 1907 dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zugewiesen. Also über alle diese vier Gegenstände wird sich der Bericht verbreiten.

(Verliest den Bericht und Anträge aus Beilage 80.)

Landeshauptmann: Ich eröffne über den Bericht und Anträge des Finanzausschusses die Debatte.

Wenn sich niemand zum Worte meldet, schreite ich zur Abstimmung; ich kann wohl beide Anträge unter einem zur Abstimmung bringen. Ich ersuche jene Herren, welche den Anträgen des Finanzausschusses zustimmen wollen, sich gefälligst von den Sätzen zu erheben.

Angenommen.

Wir kommen nun zum dritten Gegenstand der Tagesordnung: Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch der Gemeinde Fußach wegen einer Subvention zu den Kosten der Trinkwasserversorgung.

Hierzu liegt ein gedruckter Bericht vor, den zu verlesen ich den Herrn Berichterstatter Dr. Drexel ersuche, nachdem er erst seit kurzem in den Händen der Herren Abgeordneten sich befindet.

Dr. Drexel: Die Gemeinde Fußach war um ihr Trinkwasser gekommen und befand sich dementsprechend in großer Not. Auf die schwierigste Art mußte jeden Tag das Trinkwasser beschafft werden in einer Weise, daß man anfang zu sparen, was der Reinlichkeit durchaus nicht förderlich war. Mit dem Trinkwasser war aber auch das Wasser für Feuerlöschzwecke verloren gegangen und diese Not war bereits größer als die erste und die Leute sprachen mit schweren Sorgen davon, was im Falle eines Brandes geschehen solle. Diesem Glend ist nun abgeholfen worden, und auf welche Weise das geschehen ist, sagt der Bericht, den ich hiemit verlese. (Verliest Bericht und Antrag aus Beilage 73.)

Ich empfehle dem hohen Hause die Zustimmung zu diesem Antrage, gleichzeitig appelliere ich aber auch an die Regierung, sie möge in diesem Falle mitwirken helfen. Die gegenwärtigen Verhältnisse in der Gemeinde Fußach kann man am besten vergleichen mit irgend einem Elementarereignisse, wodurch eine Gemeinde schwer geschädigt wird und, da in diesen Fällen das Land regelmäßig neben dem Staat etwas beiträgt, so dürfen wir in diesem außerordentlichen Falle damit rechnen, daß auch die hohe Regierung der Gemeinde Fußach einen Beitrag bewilligen wird.

Landeshauptmann: Ich eröffne über den Bericht und Antrag die Debatte. —

Wenn niemand das Wort ergreift, kann ich zur Abstimmung schreiten. Ich ersuche jene Herren,

welche dem Antrage, wie er verlesen worden ist, ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sätzen zu erheben.

Angenommen.

Der letzte Gegenstand unserer heutigen Tagesordnung ist der Bericht des landwirtschaftlichen Ausschusses in Sachen der Subventionierung des Verbandes der Raiffeisenkassen.

Berichterstatter ist der Herr Abg. Marte, ich erteile ihm das Wort zur Verlesung des Berichtes.

Marte: (Liest Bericht und Antrag aus Beilage 72.)

Landeshauptmann: Ich eröffne über den Bericht und Antrag des landwirtschaftlichen Ausschusses die Debatte.

Kohler: Hohes Haus! Ich habe nichts Wesentliches zu dieser Angelegenheit zu bemerken. Aber nachdem ich als derzeitiger Anwalt dieses Verbandes eine gewisse Verantwortung trage, möchte ich nur das bemerken, daß ich das Vorgehen des Landes Vorarlberg in dieser Weise immerhin für das geeignetste halte.

Die Unterstützung von Genossenschaften sollte naturgemäß von Seite des Staates nur so weit notwendig fallen, bis eine solche genossenschaftliche Einrichtung auf eigenen Füßen zu stehen vermag. Vorarlberg hat in dieser Beziehung vielleicht etwas weniger Beihilfe des Staates bisher genossen und insofern hat der Verband ein gewisses Anrecht, eine größere Unterstützung seitens des Staates anzusprechen. Ich war nicht der Ansicht, daß man sich zu sehr auf diese Unterstützung verlassen sollte und es scheint mir insbesondere die Art und Weise, wie jetzt eine weitere Unterstützung des Landes für den Verband dieser Vereine in Aussicht genommen ist, zweckmäßiger zu sein. An dem Umstande leidet eine solche Genossenschaft immer am meisten. Das Gesetz hat nun vorgesorgt, daß da geholfen wird und die Unterstützung des Landes in der Weise, daß sie die Kosten der Revisionen dem Verbande erleichtert, ist daher entschieden die zweckmäßigste und von der kann ich nur wünschen, daß sie auch länger für den Verband fortbauern möge.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch weiter das Wort? —

Wenn niemand sich meldet, ist die Debatte geschlossen. Hat der Herr Berichterstatter noch etwas zu bemerken? —

(Marte: Nein.)

Ich schreite zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche diesem Antrag, wie er verlesen worden ist, ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt und unsere heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung, welche voraussichtlich die letzte in dieser gegenwärtigen Tagung sein wird, beraume ich auf morgen um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittag an mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Wahlreformausschusses über die Gesetzentwürfe:

a) betreffend die Abänderung der §§ 3, 6 und 12 der Landesordnung;

b) womit eine neue Landtagswahlordnung erlassen wird;

c) womit eine neue Gemeindevahlordnung erlassen wird;

d) betreffend Abänderung mehrerer Paragraphen der Gemeindeordnung.

2. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Anträge des Herrn Abg. Dz und Genossen und Dr. Beer und Genossen in Sachen der Erwerbung von Wasserkräften zu elektrischen Anlagen.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 11 Uhr 58 Minuten.)

